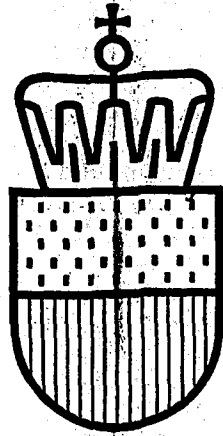


# Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 22,—, halbjährlich Fr. 11,50, vierteljährlich Fr. 6,—, Ausland jährlich Fr. 42,—, halbjährlich Fr. 22,—, Bestellungen nehmen die Postämter und die Verwaltung des Blattes entgegen. Verwaltung und Redaktion «Liechtensteiner Volksblatt», 9490 Vaduz, Altenbachstr. 99, Telefon (075) 2 19 37 / 2 24 12. Postcheckkonto 90-2988 St. Gallen. Druck: Buchdruckerei «Gutenberg», 9494 Schaan, Fürstentum Liechtenstein.



Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame  
Inland . . . . . 12 Rp. 30 Rp.  
Schweiz . . . . . 15 Rp. 35 Rp.  
Übriges Ausland . . . . . 17 Rp. 40 Rp.  
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 2 19 37. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, 9001 St. Gallen, Tel. (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

AZ — 9490 Vaduz, Donnerstag, 14. April 1966

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

100. Jahrgang — Nr. 54

## «Revolution in Ordnung»

Prof. Küng über Ergebnisse des Konzils

Das Konzil hat etwas erreicht, was die Reformation nicht erreicht hat: «Eine Revolution in Ordnung». Das sagte der Schweizer Tübinger Professor für Dogmatik und ökumenische Theologie, Hans Küng, bei einer öffentlichen Veranstaltung des Düsseldorfer Katholikenausschusses. Das Konzil habe bisher nur sehr geringen Widerspruch erfahren, sagte Küng. Gewisse Mißverständnisse sollte man nicht überbewerten. Auch ein Autoritätsverlust der Kirche sei nicht zu befürchten. Dieser Verlust werde sich höchstens auf äußere, formale Autorität beziehen. An der Veranstaltung in der Düsseldorfer Rheinhalle nahm neben Vertretern des öffentlichen Lebens, der evangelischen und der orthodoxen Kirche auch der Kölner Erzbischof Kardinal Frings teil, von dem Küng sagte, er habe sich auf dem Konzil als einer der «jüngsten» Bischöfe erwiesen.

Prof. Küng sprach über die Ergebnisse des Konzils. Dabei betonte er besonders die neue Haltung der katholischen Kirche zu den anderen Christen, insbesondere zu den Protestanten. Er habe den Eindruck, sagte er, daß gerade die Ergebnisse des Konzils, die den Protestantismus betreffen, bisher noch zu wenig gewürdigt worden seien. Das Konzil habe eine ganze Reihe zentraler Anliegen der Reformation, wie zum Beispiel die Hochschätzung der Bibel, den Volksgottesdienst, die Aufwertung der Laienschaft und die Reform der Volksfrömmigkeit konstruktiv aufgenommen. Das sei eine Einladung an die evangelischen Christen, nun auch ihrerseits Schritte auf dem Weg zur Einheit zu tun.

Besondere Bedeutung legte Küng auch auf die beim Konzil deutlich gewordene innere Reform der katholischen Kirche. Das klerikale, juristische Selbstverständnis sei einem Verständnis der Kirche als Gottesvolk gewichen. Hoffnungsvolle Ausblicke böten in diesem Zusammenhang die Kollegialität zwischen Papst und Bischöfen und die Reform der Kurie, die mit der Reform des Hl. Offiziums begonnen wurde. Es sei auffällig, sagte Küng, daß seit Beginn des Konzils kein Buch mehr auf den Index gesetzt worden sei.

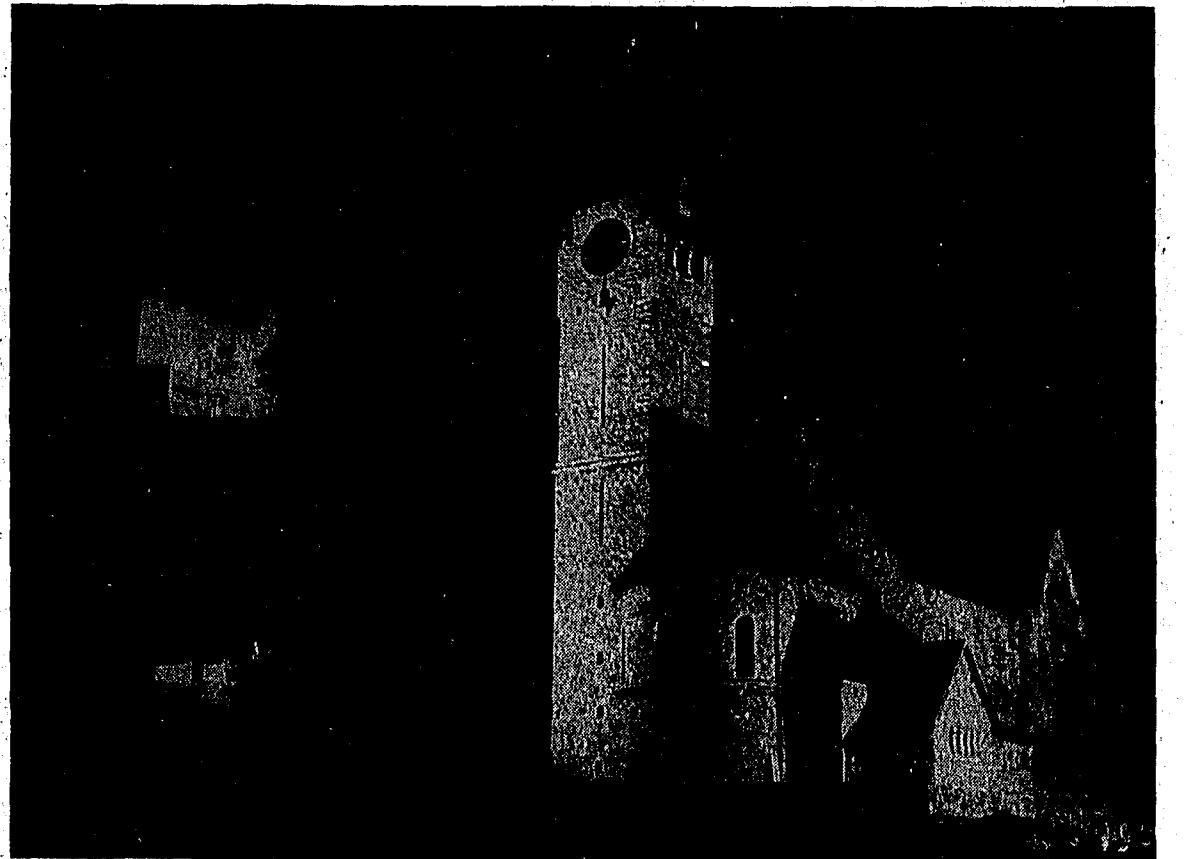
Neben den in den Dekreten und Erklärungen sichtbar gewordenen Ergebnissen des Konzils sei aber auch ein über alles Formuliertes hinausgehender neuer Geist sichtbar geworden, sagte Küng weiter. Dazu zählte er eine neue Freiheit des Denkens und Diskutierens, ein neues, mehr existenzielles Verhältnis zur Wahrheit und die Anerkennung der Bruchstückhaftigkeit und der historischen Kontingenz aller Lehräuße-

rungen. Dazu zähle auch, daß die Unfehlbarkeit in keinem Dokument des Konzils in Anspruch genommen wurde. Es sei auch deutlich geworden, daß das Konzil die mittelalterliche Einstellung gegenüber Staat und Gesellschaft aufgegeben habe. Außerdem habe sich auf dem Konzil das Versagen der Schultheologie erwiesen und die Autorität einer mehr lebendigen Theologie bestätigt.

Als Aufgaben nach dem Konzil

nannte Küng die Durchführung der Dekrete, eine grundlegende Reform des Kirchenrechts nach theologischen Prinzipien und die allgemeine Erneuerung der Theologie auf einer gesunden biblischen und ökumenischen Grundlage. Zu leisten seien auch noch einige Aufgaben, die auf dem Konzil zwar angesprochen, aber nicht verarbeitet worden sind: Geburtenregelung und Mischehe, Personalreform der Kurie, Reform des Zölibats, die Bußpraxis und die Reform der Prälaturen und der Prälätenkleidung. Er würde von sich aus noch zwei weitere Fragenkomplexe dazuzählen, sagte Küng: Die wirksame Einschaltung der einzelnen Kirchengebiete bei der Bischofswahl und die Uebertragung der Papstwahl vom Kardinalskollegium auf den für die Gesamtkirche repräsentativeren Bischofsrat.

Im Anschluß an das Referat Prof. Küngs richtete Kardinal Frings an die Versammlung ein Grußwort. Auf die Ausführungen Küngs eingehend, sagte er, er glaube nicht, daß sich, zumindest in der westlichen Kirche, in den nächsten 50 Jahren am Zölibat etwas ändern werde. Wenn man über das Konzil spreche, sagte Kardinal Frings weiter, dürfe man die beiden Konzilspäpste Johannes XXIII. und Paul VI. nicht vergessen. Ihnen gebühre großer Dank, daß sie



Schloss Gutenberg und Furst-Johannes-Kirche im Schelnwerferlicht. Die ersten Resultate des vor kurzem ins Leben gerufenen Kulturfonds der Gemeinde Balzers machen sich bemerkbar. Seit einigen Tagen erstrahlen das Schloss Gutenberg und die Furst-Johannes-Gedenkkirche in romantischem Scheinwerferlicht. Die Wahrzeichen der Gemeinde Balzers sind damit auch abends weithin sichtbar und deuten auf altes Kulturgut und gediegene Kirchenarchitektur im Raume unserer südlichsten Gemeinde hin. (Photo Peter)

dieses Konzil einberufen und durchgeführt haben. Johannes XXIII. habe sich von der Einberufung des Konzils nicht abbringen lassen. Er, Kardinal Frings, sei 1961 zusammen mit Kardinal Döpfner nach Rom gereist, um dem Papst als Konzilsbeginn das Jahr 1963 vorzu-

schlagen. Der Papst habe sie aber, nachdem er ihr Vorhaben bemerkte, gar nicht zu Wort kommen lassen. Das Konzil habe tatsächlich das gebracht, sagte Frings, was Prof. Küng bereits andeutete, nämlich die Neuordnung der Kirche auf das Evangelium hin.

## Idealismus der Gründerjahre verfliegen

Die Sorgen Europas — Eine Betrachtung von Dr. Herbert Kleinschmidt, Vaduz

Eine retrospektive Betrachtung der Vorgänge in der Welt und namentlich in Europa während des ersten Quartals im neuen Jahre zeigt, dass die seit langem bekannten wirtschaftspolitischen Spannungen keine Milderung erfahren haben, sondern sich in mancher Hinsicht eher noch vertieft haben. Die europäische Integration stagniert weiter, um kein härteres Wort zu gebrauchen. Die Parlamentswahlen in Grossbritannien und Oesterreich haben den nationalwirtschaftlichen Belangen neue Akzente gesetzt, und die Liquiditätsverknappungen an den internationalen Kapitalmärkten nahmen zum Teil bedrohliche Formen an.

Die Krise der «Europäischen Wirtschaftsgemein-

schaft — EWG» ist noch längst nicht überwunden. Diese Meinung vertrat mit überwiegender Mehrheit das EWG-Parlament anlässlich seiner letzten Session in Strassburg. Der gleichen Ansicht sind auch die meisten sachkundigen Beobachter der jüngsten Integrationsvorkommnisse. Man darf sich von gelegentlichen kleinen Konzessionen der Franzosen ja nicht täuschen lassen, die prinzipiellen Gegensätze bestehen in unverminderter Schärfe fort. Wie erinnerlich hatten die sechs Aussenminister der Gemeinschaft im Januar in Luxemburg beschlossen, trotz unvereinbarer Standpunkte die unterbrochene Arbeit wieder aufzunehmen, um den Gemeinsamen Markt nicht aufliegen zu lassen. In der Kardinalfrage der Mehr-

heitsentscheidungen, die laut Römer-Vertrag ab 1. Januar 1966 in Kraft zu treten haben, beharrte der französische Delegierte intransigent auf der Beibehaltung des Vetorechtes, während die fünf anderen Partner ihre gegenteilige Absicht expressis verbis wiederholten. Lediglich für Beschlüsse, die die Agrarfinanzierung, die Agrarmarktornungen, landwirtschaftliche Produktpreise und die Kennedy-Runde betreffen, und soweit sie noch in der zweiten Ausbau-Etappe, die am 31. Dezember 1965 auslief, hätten gefasst werden müssen, wurde die erforderliche Einstimmigkeit ausdrücklich bestätigt. Ohne weitere Einigung, ja ohne Kompromiss, gingen die Minister dann zur Tagesordnung über. Trotz der eindeutigen Rechtslage wird sich der EWG-Rat in nächster Zeit jedoch kaum Mehrheitsbeschlüsse leisten können, sofern er den französischen Partner nicht desavouieren oder gar zum Austritt aus der EWG veranlassen will. Durch den Verfassungskonflikt ist aber nicht nur die Erreichung des Endzieles, das der dritten Uebergangphase ursprünglich gesteckt war, in Frage gestellt, sondern die Rechtssicherheit des Römer-Vertrages überhaupt. Der Idealismus der «Gründerjahre» ist jedenfalls verfliegen.

Inzwischen ist der Ministerrat mehrmals zusammengetreten. Zuletzt versammelte sich der «Allgemeine Ministerrat» unter Beteiligung der Landwirtschaftsminister Ende März. An der Sitzung fehlte erstmalig Paul Henri Spaak, einer der bedeutendsten Baumeister der EWG. Seine Partei ist eben, anlässlich der Regierungsneubildung unter Ministerpräsident Boeynants, in die Opposition gegangen, und daraufhin musste Spaak das Aussenministerium verlassen, das er, mit einigen Unterbrechungen, seit 1936 leitete. Dessen ungeachtet wird sein Name in der grossen internationalen Politik unauslöschlich bleiben. Er war unter anderem der erste Präsident der Vollversammlung der Vereinten Nationen und von 1957 bis 1961 Generalsekretär der NATO, die gerade in diesen Wochen ihre schwerste Anfechtung zu bestehen hat. Dank seiner starken Persönlichkeit hat Spaak — zornig und vermittelnd — Entscheidendes für die europäische Einigung geleistet. Doch zurück zu den Tagungen des EWG-Rates. Die Verhandlungen waren schwierig und betrafen in der Hauptsache Fragen der Marktordnungen für Obst, Gemüse, Zucker und Fettstoffe sowie der Preisvereinheitlichung für Milch, Kalb- und Rindfleisch, Reis, Pflanzenfette und Zucker, die jedoch nur zum Teil gelöst werden konnten. Eine Verständigung über die Harmonisierung der Einheitspreise kam nicht zustande. Dagegen einigte man sich rasch über die Fusion der Exekutiven der drei europäischen Gemeinschaften — EWG, Montanunion und Euratom — die bis zur Jahresmitte vollzogen sein soll, und über die Besetzung der Präsidentenposten. Mit grosser Wahrscheinlichkeit wird Hallstein auf deutschen Vorschlag hin oberster Kommissionschef für zwei

## Moderne italienische Malerei in Vaduz

Unter dem Patronat des italienischen Konsuls in St. Gallen, Dr. F. Bellelli, veranstaltet das internationale Komitee für kulturelle Zusammenarbeit (Rom) eine Ausstellung zeitgenössischer

italienischer Malerei in der Aula der Realschule Vaduz. Die Ausstellung wurde am Montagvormittag in Anwesenheit des italienischen Konsuls, Dr. Bellelli und von Regierungschef



Dr. Gerard Batliner, eröffnet. Sie dauert eine Woche und kann bis zum kommenden Wochenende täglich von 13.00 bis 18.00 Uhr besucht werden. — Regierungschef Dr. Gerard Batliner begrüßte in einer kleinen Eröffnungsansprache am Montagvormittag die Organisatoren dieser Ausstellung und gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, dass die Zusammenarbeit zwischen dem italienischen Konsulat in St. Gallen, zu dessen Amtsbereich auch das Fürstentum Liechtenstein gehört, und unserem Lande stets fruchtbar gewesen sei. Dr. Batliner wünschte der Ausstellung in Vaduz viel Erfolg. Namens des Organisationskomitees begrüßte dessen Präsident, Aurelio T. Prete, die Anwesenden, wobei er dem Organisationskomitee für die Vorbereitungsarbeit dankte. Verschiedenen Persönlichkeiten wurden für ihre Verdienste um das Zustandekommen der Ausstellung Ehrendiplome überreicht. — Die Ausstellung selbst zeigt einen bunten Querschnitt durch das Schaffen der derzeitigen italienischen Malerei, wobei alle Stilrichtungen vertreten sind. Sie wendet sich namentlich auch an die italienischen Gastarbeiter in Liechtenstein, die auf diese Weise am kulturellen Schaffen in ihrer Heimat interessiert werden sollen. — Unser Bild von der Ausstellungseröffnung zeigt von links nach rechts: Den italienischen Konsul in St. Gallen, Dr. F. Bellelli, Regierungschef Dr. Gerard Batliner, den Präsidenten des Kulturbeirates der Fürstlichen Regierung, Dr. Rudolf Rheinberger und den Präsidenten des Organisationskomitees, Aurelio T. Prete. (Photo Peter)